

A N F R A G E N an den Bürgermeister

1) Nicht behobene Beträge aus der Jagdpacht zur Sicherung des Grünraumes widmen

GR. **Trummer** stellt folgende Anfrage:

GR. **Trummer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Meine Anfrage betrifft nicht behobene Beträge aus der Jagdpacht zur Sicherung des Grünraumes. Die Jagdpacht wird jährlich von den Jagdgemeinschaften zur Nutzung der Jagdgebiete durch die Stadt Graz eingehoben, im Jahr 2004 betrug diese Pacht 21.119,36 Euro. Aufgrund der Tatsache, dass zur Behebung der Jagdpacht durch den Verpächter einer Jagd ein Grundbuchsauszug, der nicht älter als sechs Wochen sein darf, vorgelegt werden muss, verzichten viele Verpächter auf die Abholung dieses so genannten „Jagdpachtschillings“, im Vorjahr waren es lediglich 530,89 Euro, die abgeholt wurden, € 20.588,47 wurden nicht behoben.

Der Landwirtschaftsbeirat hat daher aufgrund der budgetären Situation der Grazer Stadtbauern in seiner jüngsten Sitzung am 27. April 2005 vorgeschlagen, den Betrag der nicht behobenen Jagdpacht von 20.588,47 Euro den Grazer Stadtbauern zur Durchführung des Grünraumsicherungsprogrammes zur Erhaltung des Landschaftsbildes und des Naherholungswertes der Stadt Graz zur Verfügung zu stellen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist zu prüfen, inwiefern die Möglichkeit besteht, den Betrag, der aus der Jagdpacht durch die Verpächter nicht behoben wird, der Landwirtschaft zur Grünraumsicherung zur Verfügung zu stellen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Integrationsreferat

GRin. **Edlinger** stellt folgende Anfrage

GRin. **Edlinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier im Gemeinderat vor einiger Zeit die Einrichtung eines Integrationsreferates innerhalb der städtischen Verwaltung beschlossen. Die interne Ausschreibung für die beiden dort geplanten Mitarbeiter-/Mitarbeiterinnen-Stellen ist erfolgt und die Bewerbungsfrist längst abgelaufen. Unseres Wissenstandes nach hat ein Hearing unter denjenigen, die sich beworben haben, bisher nicht stattgefunden, wurde nicht durchgeführt.

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

welche konkreten weiteren Schritte wann gesetzt werden, damit das Integrationsreferat endlich seine Arbeit aufnehmen kann? (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, wir haben das selbstverständlich so abgewickelt, wie es geplant war, nämlich, dass wir zuerst intern auf die Suche gehen, ob wir geeignete Kandidatinnen und Kandidaten finden. Wir haben dann, jetzt aus dem Kopf heraus glaube ich, 13 Bewerberinnen und Bewerber gehabt, eine Bewerberin ist jetzt in die engere Wahl gekommen. Nachdem wir zwei Positionen letzten Endes auszuschreiben haben, wird jetzt öffentlich ausgeschrieben und wir

werden dann die Kandidatinnen und die Kandidaten, das ist alles schon im Laufen, die wir dann auch von externer Seite, also von außen, bekommen, gemeinsam mit der einen Kandidatin aus dem Verwaltungsbereich, also aus dem Magistrat Graz, zum Hearing zulassen. Wird demnächst über die Bühne gehen, Ausschreibung läuft schon wieder.

GRin. **Edlinger**: Das heißt, es ist gesichert, dass, so wie es auch damals argumentiert und dargestellt wurde, es jetzt eine öffentliche Ausschreibung gibt, an der sich alle...

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt kann sich jeder auch von außen bewerben, wir haben nur zuerst versucht auch auf Grund unserer Finanzsituation zu schauen, haben wir genügend eigene Bewerber im Magistrat, die sich eignen, da aber bei sehr vielen der Immigrationshintergrund gefehlt hat, sie haben sich vielleicht sonst fachlich geeignet, aber der Immigrationshintergrund hat gefehlt, kommt jetzt zu dieser einen Kandidatin, die wir haben, wieder eine externe Ausschreibung dazu und dann werden aus diesem Bereich einige Kandidatinnen und Kandidaten zum Hearing zugelassen. Ist aber schon im Laufen und schon unterschrieben.

GRin. **Edlinger**: Und bis wann soll letztendlich dann das Integrationsreferat die Arbeit aufnehmen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Also wir versuchen nach wie vor, dass wir vor dem Sommer mit der Arbeit im Integrationsreferat beginnen können.

3) SchülerInnen mit anderer Erstsprache als Deutsch an Grazer Pflichtschulen

GRin. **Edlinger** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Edlinger**: Meine zweite Anfrage bleibt ebenso im Bereich der Integrationsfragestellung und zwar geht es um die Schüler/Schülerinnen mit anderer Erstsprache als Deutsch an den Grazer Pflichtschulen . Die Einschreibungen an den städtischen Pflichtschulen sind ja bereits im März dieses Jahres erfolgt, das ist nun ungefähr zwei Monate her. Herr Bürgermeister, Sie sind der Vorsitzende des Bezirksschulratskollegiums, Sie sind für Integrationsfragen zuständig im Stadtsenat und haben zudem als Bürgermeister ja eine Koordinierungsfunktion.

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

können Sie Auskunft geben darüber, welcher Anteil an Kindern mit anderer Erstsprache als Deutsch an den einzelnen Grazer Pflichtschulen für das Schuljahr 2005/2006 zu erwarten ist?

Bgm. Mag. **Nagl**: Selbstverständlich werde ich Ihnen da eine Auskunft geben. Ich kann es jetzt nur nicht auswendig tun, deswegen werden Sie es geschäftsordnungsgemäß von mir bekommen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Fußgängerübergang Rösselmühlgasse – Ecke Dreihackengasse

GR. **Reiter** stellt folgende Anfrage:

GR. **Reiter**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In der Rösselmühlgasse ergeben sich im Bereich der Dreihackengasse öfters gefährliche Situationen für Fußgänger. Es ist praktisch unmöglich, dort die stark frequentierte Rösselmühlgasse zu überqueren. Der nächste gesicherte Fußgängerübergang befindet sich erst in einiger Entfernung. Es wäre wünschenswert, diesen Zustand abzustellen.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen des Magistrates zu veranlassen, im Bereich Rösselmühlgasse – Ecke Dreihackengasse einen gesicherten Fußgängerübergang zu errichten? (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Linie 67 - Abendverkehr

GRin. **Schloffer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Schloffer**: Schönen Nachmittag allen Anwesenden hier im Saal, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Buslinie 67 der GVB versorgt einen ganz wichtigen Stadtteil. Zig-tausende Bewohner in den nördlichen Stadtteilen von Lend und Gösting werden durch die Buslinie 67 bedient. Nach zwanzig Uhr verkehrt die Linie 67 aber überhaupt nicht mehr. Unter anderem betroffen ist eine sehr große Wohnsiedlung in

der Augasse. Viele BewohnerInnen dieser Siedlung sind ausschließlich auf den öffentlichen Verkehr angewiesen. Mitmenschen, die ohne diese Linie völlig von der Stadt abgeschnitten sind, ersuchen uns daher, trotz der angespannten Finanzlage der Stadt bei dieser wichtigen Buslinie einen Abendverkehr einzurichten.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der KPÖ folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich für die Ausdehnung der Betriebszeiten der Linie 67 in den Abendstunden einzusetzen? Danke (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Verkehrssituation am Lindweg in Geidorf

GRin. **Felbinger** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Felbinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wie Sie schon erwähnt haben, geht es mir um die Verkehrssituation am Lindweg. Der Lindweg im Bezirk Geidorf wird schon seit langer Zeit von den Autofahrern als Schleichweg genützt, da man auf dieser Strecke die stark frequentierten Straßenkreuzungen meiden kann.

Durch die Fertigstellung der Umfahrung Nordspange hat sich die Verkehrssituation enorm verschlechtert, die Frequentierung vor allem zu den Stoßzeiten hat sich um ein Vielfaches vergrößert. Sogar Lkw mit Anhängern und Reisebusse benutzen die Straße, welche zum Teil nur eine Fahrspur aufweist. Hierbei sollte auch noch erwähnt werden, dass die Straße in einer 30er-Zone liegt, welche als solche kaum

erkennbar ist. Autofahrer halten sich größtenteils nicht an die Geschwindigkeitsbeschränkung.

Da in absehbarer Zeit viele Familien mit Kindern in die neu renovierten Wohnungen der Postsiedlung und in die dort neu entstehenden Siedlungen ziehen werden, wird die Verkehrsproblematik zu einer Gefahrenquelle für Kinder und Kleinkinder werden. Radarüberwachung, Fahrbahnschwellen, bessere Kennzeichnung der 30er-Zone und Verkehrstafeln könnten dem steigenden Verkehrsaufkommen und den Geschwindigkeitsübertretungen entgegenwirken.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen zu einer Prüfung der Verkehrslage am Lindweg zu veranlassen, und im Anschluss an eine Prüfung verkehrsberuhigende Maßnahmen für die dort lebende Bevölkerung zu setzen? (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Jakominiplatz

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Heute in einer Tageszeitung lese ich an prominenter Stelle, der Jakominiplatz ist höchst baufällig. Ein relativ gut recherchierter Artikel mit Fotos, die ich oder ähnliche habe ich Ihnen und dem hohen Gemeinderat am, kann ich Ihnen genau sagen, am 18. 3. 2004 gezeigt und habe einen dringlichen Antrag diesbezüglich eingebracht, dass nämlich diese Missstände,

die hier heute auch in diesem Artikel aufgelistet sind, dass diese Missstände beseitigt werden. Damals gab es eine höchst spannende Diskussion hier im Gemeinderat, ich habe mir das Protokoll herausgeholt und möchte hier nur einige Schmankerl daraus zitieren. Also die SPÖ hat damals den Standpunkt vertreten, sie kann mit diesem dringlichen Antrag nicht mitgehen, weil dieser dringliche Antrag zu scharf formuliert war. Die KPÖ, Klubobfrau Kahr, hat gemeint, was sie so anzipft, ist, dass man so, ich würde jetzt sagen, dass man so herzieht über die GVB und über die Bediensteten der GVB, ich habe dann noch einmal meinen Antrag durchgelesen, ich kann kein einziges Wort diesbezüglich nachlesen, wo das zu interpretieren oder Wörter, die das interpretieren ließen, der Klubobmann der SPÖ, Karl-Heinz Herper, hat damals gemeint, also einerseits zu streng formuliert und zu spät abgegeben, kein Gespräch sei mit ihm geführt worden diesbezüglich und dann sagt er, „es gibt schon einige Punkte, die zu verbessern wären oder die Missstände, die gelöst werden müssen, aber zum Beispiel, dass Betriebsleitsystem wird ab Mai 2004 funktionieren“. Du musst jetzt selber lachen. Aber nachdem ich ja wirklich viel mit der Straßenbahn fahre, also es funktioniert ja noch immer nicht. Ein anderes Schmankerl, Herr Trummer, Sie kommen auch noch dran, keine Angst, ich habe Sie nicht vergessen. Ein anderes Schmankerl diesbezüglich ist diese Propaganda, die Bewerbung, dass man heute ja auch als GVB-Benutzerin nicht mehr nur Karten lösen muss, man kann auch über Handy jetzt sich schon sozusagen die Karte besorgen. Ein guter Freund von mir steigt in der Josefkirche – Schönaugürtel ein und ist handykundig und die Kleine Zeitung hat damals auch die Nummer veröffentlicht, unter der man eben zu seiner Karte kommt. Jetzt sage ich Ihnen, er hat gebraucht bis zum Jakominiplatz bis er dann, und da hat er sieben SMS aufgeben müssen, bis er am Jakominiplatz bitte erstens teuer, aber es war ein Experiment, also nur so viel zum Funktionieren dieser ganzen tollen Systeme. Der Herr Trummer, Kollege Gemeinderat, er sagt damals, diese Punkte, die ich damals aufgewiesen habe und die heute im Artikel nachzulesen sind, sind derartig überzogen und ganz einfach nicht richtig. Also man lernt schon viel und es hat manchmal auch wirklich eine gewisse kabarettistische Seite, das macht aber eh nichts. Das war also am 18. 3. 2004 und jetzt komme ich zu meiner Frage an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Die Fahrgäste der GVB sehen ja täglich diese Dinge, die noch immer nicht funktionieren, können es mittlerweile auch aus den Medien entnehmen, daher stelle ich an Sie, heute die

A n f r a g e :

1. Was haben Sie im Sinne der von Ihnen angekündigten "geschäftsordnungsgemäßen Behandlung" meines damaligen Antrages unternommen, um die Beseitigung der im Antrag aufgelisteten Missstände zu beschleunigen?
2. Wie werden Sie angesichts der ungelösten Probleme weiter vorgehen?

Zwischenruf GR. Eichberger: War das jetzt die Frage?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich fange jetzt vielleicht damit an, dass es im Prinzip nicht gut ist, wenn eine Drehscheibe wie der Jakominiplatz in einem solchen Zustand ist, das ist einmal das Erste, das Zweite ist, dass wir damals auch auf Grund Ihres Antrages im Magistrat Schritte eingeleitet haben, wo ich Ihnen Folgendes mitteilen kann. Grundsätzlich war der Verein Fahrgast über die abzuwickelnden Schritte von der Abteilung für Verkehrsplanung durch die monatlich stattfindenden Jour-fixe-Termine eingebunden. Zuständigkeiten, und das ist auch ganz wichtig, gibt es am Jakominiplatz sehr, sehr viele. Bei Platz- und Straßenflächen, also wenn es um Erhaltungs- oder Pflegemaßnahmen geht, sind die Wirtschaftsbetriebe, Bereich Straße, zuständig. Beim Schienenbereich sind, und Fahrgastinfo und bei Fahrplänen und Stellen, ist es die GVB, bei den seitlichen Verglasungen der Wartehäuschen die Firma Ankünder, bei den Dachverglasungen der Wartehäuschen sind es die Wirtschaftsbetriebe, Bereich Straße, bei den Grünflächen und Bäumen, die sich auch auf dem Platz befinden, die Wirtschaftsbetriebe, Bereich Grünraum. Wenn es einmal so viele Zuständigkeiten gibt, gilt es zu koordinieren. Es ist einiges passiert, es wurde selbstverständlich der Herr Magistratsdirektor gebeten, mit allen Abteilungen in Kontakt zu treten und natürlich darüber hinaus auch mit den anderen übrigen Stellen wie GVB, Ankünder etc. Im Bereich der westlichen Buswendeschleife vor der Firma Sorger wurde von den Wirtschaftsbetrieben eine Totalsanierung durchgeführt und wenn wir eine Bestandsaufnahme vom vergangenen Jahr und eine

Bestandsaufnahme von jetzt machen, werden Sie feststellen, dass es einige Dinge gibt, die damals in Ordnung gebracht worden sind, aber wenn tagtäglich hunderttausende Menschen einen Platz frequentieren, und Vandalismus in Graz ist ja auch nicht gerade ein untergeordneter Bereich, wenn ich so sagen darf, also da haben wir auch viel Vandalismus, entstehen natürlich immer wieder neue Schäden. Sämtliche schadhaften Bordsteine am Jakominiplatz wurden von den Wirtschaftsbetrieben umgehend saniert, weiters wurden die Fahrbahnschäden im Bereich der Schienentrassen von der GVB behoben. Die Wirtschaftsbetriebe haben mit Baumersatzpflanzungen im Bereich des westlichen Jakominiplatzes begonnen. Der Plan für ein adaptiertes Blindenleitsystem, weil das kann kein Zustand sein, dass wir jetzt in die Blindenrillen auf einmal einen Asphalt hineinpicken, wurde jetzt in Abstimmung mit dem Referat für barrierefreies Bauen ausgearbeitet und liegt jetzt vor, das Gespräch mit den Wirtschaftsbetrieben zur Umsetzung wird geführt werden. Vorschlag der Verkehrsplanung zum Neubau der Wartehäuschen wurden von der Stadtplanung nicht positiv gesehen, von der Stadtbaudirektion wurde die Firma Ankünder aufgefordert, umgehend die Glasschäden an den senkrechten Verglasungen aus Sicherheitsgründen zu beseitigen, was leider Gottes noch nicht erfolgt ist und wir erneut wieder dahinter sein werden. Das ist das, was ich Ihnen im Moment zum Jakominiplatz sagen kann.

GRin. **Binder**: Ich danke Ihnen für diese Antwort, ich hoffe, es dauert nicht wieder ein Jahr, bis weitere Schritte unternommen werden zur Verbesserung dieser Situation.

8) Baumschlägerungen im Stadtpark

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Diese Anfrage an Sie, Herr Bürgermeister, bezieht sich auf die Baumschlägerungen im Stadtpark. Wir hatten heute schon eine Anfrage an den

Stadtrat Rüschi. In der vergangenen Woche wurden im Stadtpark wegen „Gefahr in Verzug“ etwa zwölf Bäume baumpflegerisch behandelt. Sowohl die Art der Maßnahmen als auch die Vorgangsweise haben bei vielen Grazerinnen und Grazern Befremden ausgelöst. Die Schäden waren seit Monaten bekannt und aktuelle witterungsbedingte Gefahren nicht in Sicht. Besonders aber war, dass wenige Tage später ein deutscher Baumexperte bestellt war, um unter anderem auch diese Bäume, die gefällt wurden, auf ihren gesundheitlichen Zustand zu untersuchen.

Aus diesem Grund stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e .

Was sind allgemein die Kriterien der Gefahr in Verzug bei der Schlägerung von Bäumen? Treffen die auf die genannten zwölf Bäume angewendeten Kriterien auch auf andere Bäume beziehungsweise Alleeanabschnitte im Stadtpark oder in anderen Parks auf anderen Grünflächen oder in anderen Straßenzügen im Verantwortungsbereich der Stadt Graz zu? Und in welcher Form wird hinkünftig sowohl magistratsintern als auch betreffend die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern mit ähnlichen Situationen umgegangen werden?

Bgm. Mag. **Nagl**: Liebe Frau Binder! Sie sehen, Gerhard Rüschi hat jetzt ein Stück hereingebracht, ich glaube, es tut auch einmal gut, im Gemeinderat zu zeigen, was diese Baumfäule im Inneren eines Baumes tatsächlich bewirken kann. Ich bitte Sie allgemein, es ist eine politische Diskussion daraus geworden, aber ich bitte Sie auch um eines: Die Beamten und Beamtinnen der Stadt Graz, und ich nenne jetzt im Speziellen sogar den Herrn Ing. Grill sind in Abstimmung, und zwar ganz positiv, in Abstimmung mit jenem Kreis, der sich seit Jahren im Naturschutzbeirat, wo wir gemeinsam sitzen, unterwegs und haben eine Baumstandszustandsuntersuchung gemacht, die glaube ich, im Nachhinein als sehr positiv gesehen werden wird. Das ist der Zustand der Bäume im Inneren, Sie haben mich gefragt, jetzt fünf Punkte, die ich Ihnen im Detail da gar nicht...

GRin. **Binder**: Die habe ich nicht gefragt, nur die letzten drei.

Bgm. Mag. **Nagl**: Gut, die letzten drei, ist auch schön. Ich sage Ihnen ganz ehrlich eines, da geht es nicht mehr um ein politisches Hickhack, sondern es geht darum, dass wir in zweifacher Form eine Verantwortung haben. Die erste ist jene der Sicherheit von Menschen, die im Stadtpark unterwegs sind, und die zweite Geschichte ist die langfristige Absicherung eines wunderschönen und möglichst gesunden Baumzustandes in unserem Stadtpark und in der Stadt Graz (*Applaus ÖVP*). Und ich habe ganz bewusst jetzt auch diese beiden Punkte unterschieden. Die Diskussion ist lange, ich darf Ihnen sagen, Sie können, ich habe das das letzte Mal im Gemeinderat sogar getan, Zeitungsartikel aus den 70er-Jahren, Götz, Hasiba, Stingl, alle Vorgänger als Bürgermeister haben dieses Problem immer wieder erkannt, es ist immer wieder auch nur zum Teil gelöst worden, manchmal auch mit falschen Maßnahmen gelöst worden und jetzt gilt es endgültig eine Lösung herbeizuführen, die den künftigen Generationen auch wieder den Stadtpark sichern. Und jetzt geht es vielleicht um eine Diskussion und die wird es ja letzten Endes auch in wenigen Tagen dann geben, wenn wir bei dieser Stadtparkenquete, zu der ja schon eingeladen worden ist, auch drüber diskutieren werden und da gibt es zwei Themen, die mir wichtig sind. Es wurde von vielen Experten des Naturschutzbeirates, von vielen Organisationen die Frage gestellt, soll wieder die Kastanie gepflanzt werden, ja oder nein? Das kommt mir viel zu wenig vor, diese Diskussion, die ist gleich einmal abgewürgt worden, es gibt heimische Baumarten, die im Stadtpark kaum vorkommen, die vielleicht längerfristig in einem Zustand sind als die rosarote, im Speziellen auch die weiße Kastanie, die wir da haben. Und die zweite Frage, die es zu klären gilt, werden nur diese kranken Bäume, wie sie da jetzt auch bei Ihnen stehen, gefällt oder nehmen wir auch ein paar gesunde Bäume de facto gleich mit, dass die Alleen wieder gemeinsam wachsen werden? Und ich glaube, dass wir das im Konsens zum Schluss erzielen werden, Kollege Walter Ferk hat an diesem ersten Gutachten gezweifelt, jetzt haben wir einen weiteren Experten aus Deutschland beigezogen, ich bitte wirklich zu unterscheiden, dass Gefahr in Verzug eben bedeutet, dass solche Äste oder Bäume runterfallen können. Es wurden auch nicht alle 15 Bäume, weil das war die erste Meldung, es werden gleich 15 Bäume

geschlagen, das ist nicht passiert, es sind nur einige geschlägert worden und bei einigen hat man nur die gefährlichsten Äste heruntergenommen, da ist in Verantwortung dann auch der Abteilungsvorstand und letzten Endes auch der Kollege Rüschi und meine Wenigkeit. Das muss man einmal unterscheiden, ich glaube, dass wir eine gemeinsame Lösung da noch finden werden und dass wir dann möglichst schnell wieder zur Bepflanzung von Alleen kommen. Die Vorschläge, die am Tisch liegen, gefallen mir nämlich schon ganz gut, nämlich zu sagen, wir nehmen dann Alleen, die schon woanders gepflanzt werden, gleichmäßig wachsen, du kannst sie dann auch gemeinsam wieder einpflanzen, ich glaube, dass wir einen wunderschönen Stadtpark haben werden nach dieser Diskussion, jetzt ist mir ein bisschen zu viel politischer Sprengstoff daraus geworden, wenn es um Gefahr in Verzug geht, sage ich klipp und klar, diese Verantwortung tragen die von mir zitierten Personen und die haben hier gehandelt und wer das nicht glaubt, der möge sich dann mit diesen Holzchnitten auch ein Bild selber noch einmal davon machen (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Ja, meine Damen und Herren! Jetzt ist es doch geschehen, dass man nicht nur eine tatsächliche Richtigstellung anbringen darf, sondern, dass es jetzt tatsächlich auch wahrscheinlich vom Kollegen Rüschi auch so gewollt, zu einer politischen Debatte geworden ist. Tatsache ist, meine Damen und Herren, und ich bedaure, dass der Kollege Rüschi da in eine Sackgasse rennen wird, ich bin fest überzeugt davon. Wenn Sie durch die Allee spazieren und sich die wunderschönen Bäume jetzt im Frühling anschauen und wenn Sie dabei, weil das habe ich genauso gemacht mit Experten sprechen und es ist nicht richtiger, wenn hier mit Verdrehungen, falschen Informationen gearbeitet wird, ich will gar nicht sagen, dass der Bürgermeister falsch informiert wird, aber nehmen Sie doch Persönlichkeiten aus der Stadt, ob das ein Professor Wolking ist, der mir wiederum eine entsprechende E-Mail geschrieben hat, wenn Sie jetzt wieder widerrufen, dass Wolking eingebunden ist, das mag schon sein, er hat einen absolut anderen Zugang, nämlich einen sehr sensiblen, einen vernünftigen im Sinne des Naturschutzes und Erhaltung des Grünraums in der Stadt. Diese Sensibilität vermisse ich natürlich vom zuständigen politischen Referenten und alle die Dinge, die heute unter dem Stichwort

Gefahr in Verzug ausgesprochen werden, stimmen nur eingeschränkt, weil der Bescheid zur Baumfällung ist genau gesagt ein Jahr alt. Jetzt frage ich mich, warum ausgerechnet die Tage bevor, ist ja auch schade, bevor wir beide, Kollege Rüschi, nämlich Angebot von mir an deine Abteilung ausgemacht haben, es ist neben der politischen Diskussion auch eine sehr fachliche und sachliche Diskussion zu führen, doch auch den Versuch zu unternehmen, Persönlichkeiten aus dem deutschsprachigen Raum nach Graz zu holen, die sich mit der Materie in anderen europäischen Städten auseinandergesetzt haben, wo letztendlich die gleiche Diskussion stattgefunden hat und das dann dazu geführt hat, dass nicht sämtliche Bäume geschlägert werden müssen. Und ich weiß ja ganz genau, die ersten Annahmen waren doch ganz andere, verdrehen wir nicht die Diskussion, da war die Denkmalpflege im Vordergrund und da hat es gelautet, 123 Bäume sind deswegen zu schlägern, weil alle Bäume neu gepflanzt werden. Das ist aktenkundig, das ist auch deutlich zum Ausdruck gebracht worden und genau das ist etwas, was von uns und von mir nicht mitgetragen wird, meine Damen und Herren. Über jeden Baum gilt es in dieser Stadt ernsthaft zu diskutieren, wenn man wirklich glaubhaft über Lebensqualität und Grünraumpolitik diskutieren will, und wir wollen das (*Applaus SPÖ*). Und daher hoffe ich sehr, dass die öffentliche Diskussion und das wird eine sehr spannende werden, nicht nur eine Informationsveranstaltung sein wird, sondern dazu dient, dass die Einsicht walten wird, dass es notwendig war, eine längere Diskussion zu führen und letztendlich die Bäume erhalten bleiben mit Ausnahme jener, die natürlich möglicherweise zu fällen sind. Und da noch etwas von Experten, du wirst es ganz genau wissen: Einige Bäume mögen in der Mitte hohl sein, das wissen wir seit 20 Jahren möglicherweise, deswegen muss man einen Baum aber nicht von vorneherein schlägern, das ist der Bereich und ich glaube, wir sollten uns eher darüber den Kopf zerbrechen, wie wir die Baumpflege in Zukunft betreiben (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Candussi**: Ich denke, jetzt sind wir genau bei der Qualität der Debatte, die sich die Bäume in der Form nicht wirklich verdient haben, denke ich mir, nämlich bei gegenseitigen Schuldzuweisungen und bei Aufforderungen. Auch ich hätte große Lust, Schuldzuweisungen zu verteilen oder merke, es gibt Lust, no na hat Stadtrat

Rüsch Recht, wenn er sagt, da hat doch jemand anderer auf der Regierungsbank die letzten Jahre die Verantwortung in diesem Bereich gehabt und offensichtlich nicht so wahrgenommen.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Ja, weil ich die Bäume erhalten haben wollen, ganz einfach.

Mag. **Candussi**: Nichts tun ist auch nicht wirklich die Erhaltungsmaßnahme. Aber, Herr Vizebürgermeister, Sie werden ja Gelegenheit haben, ihr ökologisches Bewusstsein bei meinem dringlichen Antrag zur Erhaltung von Alt-Grottenhof nachher zur Schau zu stellen, wo es um die Erhaltung von vier Hektar ökologisch hochwertigstem Land geht und wie mir gesagt wurde, wird die SP-Fraktion meinem Antrag nicht zustimmen, sondern wird eher daran denken, dieses Areal umzuwidmen in Tennisplätze und Tennishallen.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk unverständlich.

Mag. **Candussi**: Der Sturmplatz hat damit einmal gar nichts zu tun, aber gut. Ich habe gesagt, erstens hätte man dort die Sportfläche (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) innerstädtisch durchaus erhalten können und einem teilweisen Erhalt einer Parkfläche stimme ich nicht zu, weil wenn, dann geht es um die gesamte Grünfläche und nicht um die teilweise, soviel zum Sturmplatz, wenn Sie es doch haben wollen. Ich möchte eine Geschichte klarstellen, was mir an der Debatte sowohl da hier im Hause als auch außerhalb nicht wirklich gefallen hat und ich mag, dass das nicht in den falschen Hals kommt, aber ich mag es klar sagen, dass man zwischendurch das Gefühl gehabt hat, da wird Beamten der Stadt oder

auch Politikern unterstellt, sie würden Bäume aus Freude am Umschneiden umschneiden und ich glaube nicht, bei aller Kritik an vielen Maßnahmen, die ich immer wieder geäußert habe hier und ich glaube, das kann ich mit Fug und Recht sagen, dass ich hier im Hause einer bin, der in Sachen Erhaltung von Grünstrukturen viel getan habt, ich glaube nicht, dass es in dieser Stadt, in diesem Gemeinderat, im Magistrat jemanden gibt, der wirklich aus Freude am Umschneiden von Bäumen oder auch nur um Macht zu demonstrieren, Bäume umschneidet (*Applaus KPÖ und Grüne*). Und ich glaube, es steht uns auch an, dass diesen Beamten in aller Deutlichkeit zu sagen. Trotz allem bin ich mit der Situation, wie sie jetzt ist, absolut unzufrieden, das ist klar. Stadtrat Rüschi hat es erwähnt, die damalige Stadträtin Grage hat auch schon angekündigt und das ist, wie wir wissen, schon sehr lange her, dass es dringenden Sanierungsbedarf gibt, und wäre sie damals dazugekommen, wie gesagt, ihre Amtszeit war zu kurz, dann wären die Maßnahmen jetzt wohl nicht so massiv notwendig geworden, wie sie offensichtlich notwendig werden. Was mich stört ist, dass wir keine Diskussion führen darüber, dass wir den Denkmalschutz als gottgegeben, den Denkmalschutz, so wie er über dem Stadtpark liegt, als gottgegeben sehen. Ich glaube, dass der Denkmalschutz der Ökologie hier nicht wirklich einen guten Dienst erweist und dass man in bestimmten Teilen, Frau Leber, Sie brauchen nicht ihr Gesicht verziehen, hören Sie mir zuerst bitte zu, lassen Sie mich ausreden, dass wir in bestimmten Bereichen des Stadtparks sehr wohl darüber nachdenken könnten, ob dieser rein museale Denkmalschutz, wie er zur Zeit mit dem Parkpflegewerk festgeschrieben ist, dem Stadtpark einen guten Dienst erweist. Städtische Parkanlagen sind immer unterschiedlichen Nutzungsanforderungen unterworfen, es gibt immer unterschiedliche Bestrebungen, der Stadtpark wurde geschaffen für eine völlig andere Art der Erholungsnutzung, nämlich dieses Flanieren, Spaziergehen auf Wegen, wenn Sie heute in den Stadtpark gehen, sieht jeder, dass dieser Park völlig anders genutzt wird. Gott sei Dank von vielen, vielen Leuten genutzt wird und in einer Intensität genutzt wird, wie er es wahrscheinlich schon lange nicht mehr wurde. Alleine das ist schon ein Beweis, wie wichtig diese Parkanlagen sind und wie dringend wir neue Parkanlagen in dieser Stadt notwendig hätten beziehungsweise die weitere Ausweisung von Grünflächen im Stadtgebiet. Ich glaube, dass es durchaus sinnvoll wäre über das Parkpflegewerk nachzudenken und zu schauen, ob wir nicht ein neues Parkpflegewerk für den Stadtpark brauchen und ob wir in bestimmten Bereichen des Parks, ich denke da

zum Beispiel an die Dubrovnik-Allee, die ohnedies jetzt ein Torso ist, nicht erst seit jetzt, sondern seit dem Bau des Opernhauses ein Torso ist, die kaum genutzt wird, ob wir dort unbedingt auf die Wiederherstellung der Allee pochen müssen oder ob es nicht sinnvoll wäre, dort unter Umständen ein Gartenbaukonzept des angehenden 21. Jahrhunderts umzusetzen, was die Möglichkeit brächte, die Bäume, die durchaus vital sind, dort zu erhalten und halt eine andere Form des Parks nicht mit der durchgehenden Allee, sondern mit Baumgruppen und mit einer etwas anderen Wegeführung durchzusetzen. Ich glaube, dass das zum Beispiel in diesem letzten Zipfel des Stadtparks unten zwischen der Rechbauerstraße und dem Opernhaus durchaus Sinn machen könnte und ich träume davon, dass wir irgendwann einmal vielleicht eine tolle neue Parkgestaltung zusammenbringen würden, die über die relativ verunglückte Geschichte des Rosariums, das Gelände vor der Oper hinunter, vor der Thalia bis hin zum Kaiser-Franz-Denkmal vor dem Operncafe eine durchgehende erkennbare Parkanlage rechts und links des Rings hätte. Ich glaube, dass man da durchaus eine interessante Neugestaltung erzielen könnte. Genauso wie es im Bereich der Maria-Theresia-Allee beziehungsweise im nördlichen Teil zwischen Parkstraße und Jahngasse einiges neu zu gestalten gäbe, was die Erhaltung der gesunden aber dennoch auf Grund des Denkmalschutzes bedrohten Bäume retten könnte. Ich denke, dass man darüber wirklich nachdenken sollte. Ich habe bis jetzt nicht wirklich viel Bereitschaft gesehen, es gibt einfach diesen Standpunkt, nein, das Parkpflegewerk schreibt den Denkmalschutz in dieser Form für den gesamten Stadtpark vor. Ich glaube, dass es für die Kernbereiche des Stadtparks ganz wichtig ist, aber dass es für bestimmte Randbereiche durchaus überlegenswert wäre und es wäre keine Schande für die Stadt, wenn wir mitten in der Stadt einen Park hätten, wo wir sagen könnten, das ist Gartenarchitektur des 21. Jahrhunderts. No na wir brauchen einen guten Gartenarchitekten, der das plant. Das Zweite ist, und da bin ich schon froh und da bin ich auch der Bürgerinitiative und allen Aktivistinnen und Aktivisten dankbar, dass es auch ein Umdenken gegeben hat, was die Massivität der Eingriffe beziehungsweise die Art, wie die Maßnahmen geplant waren, anlangt. Wir erinnern uns an die fast stolz verkündigten Worte des Bürgermeisters, wir gehen das jetzt im Stadtpark endlich an und 120 Bäume müssen fallen. Er hat das wahrscheinlich missverständlich formuliert, aber herausgekommen ist es so, als würde das wirklich so angedacht, dass im ersten Zug diese 100 Bäume fallen werden, alle werden neu ersetzt und wir hätten also wirklich einmal eine Phase

des Kahlschlags im Stadtpark gehabt. Ich bin froh, dass man jetzt darüber nachdenkt, ob man das in Fünfer-Schritten, in Abschnitten macht, von Wegkreuzung bis Wegkreuzung oder ob es andere Möglichkeiten gibt. Was ich auch nicht ganz verstehe, und da widerspreche ich Gerhard Rüschi schon, ist, dass es mir nicht ganz nachvollziehbar erscheint, dass diese Gefahr-im-Verzug-Aktion nicht wirklich diese vier Tage bis zum Eintreffen des neuen Gutachters aufgeschoben hätte werden können. Die vier Tage hätten wir mit einer relativ einfachen Abplankung wahrscheinlich auch überstanden. Wir tun nicht überall, wo Gefahr in Verzug ist, sofort hohe Zäune aufstellen, das machen wir am Schloßberg, wenn die Wege vereist sind auch nicht, sondern da stellen wir ein Schild auf und sagen, das Betreten der Parkanlagen ist verboten, das machen wir den ganzen Herbersteingarten herunter, da werden auch keine Riesenzäune und sonst was aufgebaut, das heißt, wir hätten das wahrscheinlich diese vier Tage doch auch geschafft und da sind wir wieder bei dem Punkt, selbst wenn bei diesem Gutachten nichts massiv anderes herauskommen sollte, ich kenne das Gutachten nicht, ich weiß es nicht, es ist wieder einmal Misstrauen erzeugt worden und dafür mache ich dich schon verantwortlich, dass dieses Misstrauen nicht abgebaut wurde, sondern eher vergrößert wurde durch diese Aktion.

Bgm. Mag. **Nagl**: Also beim ersteren Bericht, den du jetzt gegeben hast, unterschreibe ich dir de facto wirklich alles. Es geht schon auch ein bisschen in der Frage um politischen Mut, das, was du jetzt getan hast, ist auch politisch mutig, nämlich zu sagen, brauchen wir überhaupt diese Bäume dort, machen wir eine neue Gartengestaltung.

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Machen wir Allein.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein positiv, du warst, glaube ich, auch dabei bei mehreren Diskussionen, die wir im Naturschutzbeirat gehabt haben mit den gesamten Organisationen, die sich um diesen Bereich bislang gekümmert haben und auch weiterhin kümmern werden. Und die haben ja sofort mit der Diskussion begonnen, ob das, was das Bundesdenkmalamt quasi schon von vorneherein gar nicht mehr zulässt, ob da nicht irgendwo einmal eine Diskussionsmöglichkeit besteht, und ich gehe davon aus, dass wir diese 120 Bäume letztendlich fällen werden und dass wir dann, mit welchen Maßnahmen auch immer und in welchen Abständen auch immer, das wirklich gesichert haben für die Zukunft und da stehe ich auch dazu. Es werden die Bäume, die kaputt sind, müssen wir endlich austauschen und ich glaube auch, dass einige Bäume zusätzlich wegkommen werden, die jetzt noch gesund sind, weil es den Alleincharakter nur mehr dann geben wird, wenn man das gemeinsam tut. Und wenn das Bundesdenkmalamt nicht einmal bislang, und das war ja gleich die erste Wortmeldung, zulassen möchte, drüber nachzudenken, ob eine andere Baumart wenigstens verwendet werden kann, unterschreibe ich das alles, was du gesagt hast. Man sollte die Diskussion auch mit dem Bundesdenkmalamt erneut suchen, vielleicht fällt uns diesbezüglich auch noch etwas anderes ein. Ich weise es aber auf das Schärfste zurück, wenn hier auch nur annähernd unterstellt werden sollte, dass da jemand Gefahr in Verzug falsch gedeutet hat oder zu früh losgelegt hat etc., das bitte überlassen wir den Experten, die sich tagtäglich um unsere Bäume kümmern und die letztendlich auch den Kopf hinhalten müssen, wenn etwas passiert (*Applaus ÖVP*).

StR. Dr. **Rüsch**: Hermann Candussi, ich bin dir für sehr viele Ausführungen sehr dankbar, vor allem in Bezug auf deine Feststellung, dass es niemandem hier Spaß macht, einfach den Auftrag zum Baumfällen zu geben. Bezüglich des Misstrauens möchte ich schon sagen, da gibt jemanden, der den ersten Stein geworfen hat, das Misstrauen wurde als Erstes gegenüber den Beamten vom Stadtgartenamt ausgesprochen. Man war mit deren Ergebnis offensichtlich nicht einverstanden. Ich glaube, dass es einmalig ist in der Geschichte des Magistrates, dass man eine Abteilung mit einem Gegengutachten beauftragt, die nicht zuständig ist und das ist in diesem Fall gewesen. Wie soll man das anders auffassen als Misstrauen und da

muss man schon einmal die persönliche Situation, es geht um zwei Personen, das ist der Robert Grill und das ist der Robert Wiener, der hier ist, das muss man schon einmal persönlich sehen. Wie fühlen sich die zwei, wenn permanent auch in der Zeitung, das, was sie gemacht haben, hinterfragt wird und offensichtlich nicht akzeptiert wird. Also das möchte ich einmal klarstellen. Das Misstrauen gegenüber Herrn Kost ist null, ich habe überhaupt kein Misstrauen, sondern meinen Einwand, den habe ich genannt. Wir warten selbstverständlich auf sein Gutachten, ich war auch bei ihm im Stadtpark draußen, habe mich mit ihm unterhalten, er hat mir das bestätigt, dass eben jahrelang zu wenig Pflegemaßnahmen gesetzt worden sind und einige Bäume sind aus seiner Sicht nicht so schlecht. Er wird sein Gutachten machen. Das Zweite, was ich sagen wollte, das Denkmalamt ist nicht die einzige Behörde, die zweite ist die Naturschutzbehörde und die Naturschutzbehörde hat sich dem Denkmalamt angeschlossen, bis jetzt jedenfalls, es sind ja noch keine Bescheide ausständig. Da ist auch die nicht richtige Information bezüglich der Bescheide im Herbst, es hat im Herbst keine diesbezüglichen Bescheide gegeben. Das Stadtgartenamt hat den Antrag gestellt, die 123 Bäume auszutauschen. Dazu muss die Naturschutzbehörde und das Denkmalamt einen Bescheid erlassen, dieser ist bis jetzt nicht erlassen, sondern die überlegen noch, sie haben aber Experten beigezogen und die haben die Allee ebenfalls untersucht und haben jedenfalls bis jetzt in ihren Aussagen das, was das Stadtgartenamt gemacht hat, bestätigt. Zum Kollegen Wolkinger, er ist nicht da, ist wahrscheinlich auch gut, einmal mit ihm unter vier Augen zu sprechen. Ich meine, was soll man von einem Fax, das der Herr Vizebürgermeister genannt hat, halten, folgenden Inhaltes: Überschrift ist: „Unfähigkeit des Grazer Stadtgartenamtes. Obwohl zur Zeit an einem Konzept für eine sanfte Revitalisierung der Rosskastanienalleen im Grazer Stadtpark gearbeitet wird“, ich kenne es nicht, ich kenne nur das vom Stadtgartenamt, „hat das Stadtgartenamt voreilig weitere Baumfällungen durchgeführt. Leider scheint dem Stadtgartenamt überhaupt eine entsprechende Baumgesinnung und auch der Wille und die Fähigkeit für eine solche sanfte Revitalisierung zu fehlen, sodass diese Revitalisierungsprojekte in anderen...“

Zwischenruf unverständlich.

Dr. **Rüsch**: Es geht nicht darum, in welche Reihen er gehört, er hat ein Fax geschrieben und das ist hier Gegenstand. „Nach einem Gespräch mit zwei Vertretern des Grazer Stadtgartenamtes habe ich vergeblich auf versprochene Unterlagen gewartet, jedes weitere Gespräch ist verlorene Zeit, außerdem wäre zu überprüfen, ob es sich bei den letzten Baumfällungen nicht um einen Amtsmissbrauch handelt“. Das ist eben genau das Typische, was ich auch vorhin gesagt habe, wozu ich Stellung genommen habe. Es gibt viele Leute, die hier mitdiskutieren, das ist auch ernst gemeint, sehr, sehr positiv, der Stadtpark ist eines Wesensmerkmal für die Stadt Graz, die Identifizierung ist irrsinnig stark, na na gibt es da eine politische Diskussion. Aber wenn Gefahr in Verzug ist, gibt es im Prinzip drei Leute mit dem Bürgermeister, er hat die Letztverantwortung, die diese tragen und niemand anderes. Und ich kann es nur noch einmal sagen, meine Aufgabe wäre es gewesen, um das zu verhindern, dass das Stadtgartenamt von mir mit einer Weisung beauftragt worden wäre, diese Baumfällung zu unterlassen. Denn die haben in Wahrnehmung ihrer Verantwortung gesagt, bei diesen 15 Bäumen müssen Maßnahmen gesetzt werden, jetzt hätte ich sagen müssen, ok, oder nicht sagen sollen, ich hätte eine Weisung geben müssen, dass das unterbleibt. Das hätte ich nie getan, da ist es mir wirklich nicht drauf angekommen, ob in sechs Tagen oder in 60 Tagen ein weiterer Gutachter kommt, das ist kein Misstrauen, sondern es ist eine andere Entscheidungssituation (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Das Misstrauen ist mehrmals angesprochen worden und auch von meinem Kollegen Hermann Candussi noch einmal ausgeführt worden. Ja es gibt ein Misstrauen, aber nicht nur ein Misstrauen, aber nicht nur ein Misstrauen hier herinnen, ich spreche vom Misstrauen, das es unter den Bürgerinnen und Bürgern gibt, das ist so eine allgemeine Stimmung, eine allgemeine Stimmung, Misstrauen gegenüber...

Zwischenruf GRin. Potzinger: Ihr schürt.

GRin. **Binder**: Darf ich bitte ausreden? Misstrauen gegenüber den Politikerinnen und Politikern da herinnen und ich nehme mich da überhaupt nicht aus, ich spreche allgemein, ich sage ja nicht gegenüber den ÖVP-PolitikerInnen, oder es gibt ein allgemeines Misstrauen gegenüber Maßnahmen, die gesetzt werden, es ist ja verbunden mit dem allgemeinen Gefühl der Bevölkerung. Mit dem Feinstaub werden wir nicht fertig und Straßen sind verstopft und, und, und. Es gibt so vieles, wo die Bürgerinnen und Bürger sagen, es geht nichts und die reden ja nur und tun nichts. Wir wissen das doch alle, Frau Gesek, ich weiß nicht, Sie reden ja auch mit Menschen und Sie werden das ja auch hören, das ist ja nichts, was ich jetzt neu erfinden muss, das ist eben so. Und daher bin ich auch sehr froh, dass es immer wieder Bürgerinitiativen gibt, die sich da einmischen in verschiedenen Bereichen und es ist notwendig gewesen, dass es Menschen gibt, die sich in den Stadtpark gestellt haben und gesagt haben, so nicht. Die Diskussion ist vielleicht nicht angenehm, ja, das gestehe ich zu, aber was....

Zwischenruf GR. Dr. Piffl: Wir reden ja mit den Bürgerinitiativen.

GRin. **Binder**: Einen Augenblick, Herr Clubobmann der ÖVP, aber die Diskussion, auch wenn sie nicht angenehm war, hat zumindest eines gebracht, ein Nachdenken, es ist heute anders, das ist eh schon ausgeführt worden, als vor einem Jahr. Meine dritte Frage an Sie, Herr Bürgermeister, ist aber nicht beantwortet worden, ich weiß nicht, vielleicht wollen Sie sie nur schriftlich beantworten, denn da frage ich, weil ich auch ein großes Kommunikationsdefizit orte in dieser Frage, ich gehe davon aus, wäre die Kommunikation anders abgelaufen, die Information für die Bürgerinnen und Bürger anders abgelaufen, dann wäre wahrscheinlich nicht soviel Porzellan in dieser Sache zerbrochen worden und daher habe ich an Sie die letzte Frage gestellt, in welcher Form in Zukunft in einer ähnlichen Situation wie der mit den Bürgerinnen und Bürgern sozusagen umgegangen werden wird.

Bgm. Mag. **Nagl**: Kann ich Ihnen ganz schnell beantworten. Kommunikation hat es da sehr viel gegeben, diese Maßnahmen sind, und ich sage das dann noch einmal deutlich, im Naturschutzbeirat nicht einmal diskutiert worden, sondern mehrfach, das sind die Menschen, und da hat es überhaupt keinen Grund gegeben, wir haben Konsens gehabt im Naturschutzbeirat. Wie wir da drinnen gesessen sind, sind die Vorschläge von allen Organisationen gekommen, wie wir da vorgehen sollen und urplötzlich ist die politische Debatte, und ich sage rein politisch losgetreten worden und die hat noch nichts damit zu tun gehabt. Es gibt eine Bürgerinitiative, über die ich mich freue, die bei mir war, die mir damals auch ein Bäumchen überreicht hat, die ich eingeladen habe, in Zukunft als neue Bürgerinitiative, die sich um den Stadtpark kümmert, und ein Vertreter, glaube ich, ist auch heute auf der Galerie oben, sofort in den Naturschutzbeirat zu kommen, begrüße Sie ganz, ganz herzlich. Sie waren im Naturschutzbeirat dabei, ich habe zusätzlich versprochen, dass wir noch jetzt fertig diskutieren mit Experten, dann ist der Vorschlag vom Kollegen Ferk gekommen, dass wir noch jemanden einladen sollen und dann haben wir gesagt, wird es eine Enquete geben, wo wir das diskutieren mit der Bevölkerung. Viel mehr an Informationstätigkeit kannst nicht tun, nur wenn wir politische Störfeuer selbst immer wieder erzeugen, dann ist auch kein Wunder, dass diese Diskussion auch stattfindet. Die Menschen in dieser Stadt wollen, dass wir einen schönen und zukunftsfähigen Stadtpark haben und wir werden diese Lösung noch finden. Dass es daneben noch Maßnahmen gibt, Gefahr in Verzug, bitte ist auch, ist ganz einfach zu erklären, die Diskussion, die es seit Jahren gibt, und es hat sich nichts verändert in der Medienlandschaft, ich habe das letzte Mal ein paar Artikel da gehabt, ich habe sie heute leider nicht, es waren die gleichen Schlagzeilen, es war der gleiche politische Zank und wir waren weit weg von jeglicher Sachlichkeit. Und das, was den Kollegen Rüschi und auch mich so extrem ärgert, ist, dass wir jene Menschen, die sachlich und in Verantwortung unterwegs sind, unterstellt haben quasi, sie machen ihre Arbeit da irgendwie als leidenschaftliche Baumkiller und das war nicht ok, dieser Eindruck ist in der Öffentlichkeit entstanden. Noch einmal, es gibt die Enquete, wir haben die notwendigen Maßnahmen jetzt einmal gemacht, um Gefahr in Verzug abzuwenden, ich werde Ihnen da auch versuchen, bei der Enquete noch einmal mitzuteilen, was da unter Gefahr in Verzug gesehen worden ist, ich kann das nicht, ich bin auch kein Experte und dann werden wir das wohl hinkriegen. Und alle Diskussionen, Bundesdenkmalamt wird vertreten sein und ich wundere mich auch immer wieder

über den Herrn, der diese E-Mail geschrieben hat, ich werde mit ihm auch noch einmal reden. Ich habe ihn einmal drauf angesprochen, da ist er mir relativ ausgewichen bei einer Veranstaltung, Herr Professor Wolkinger. Ich habe diese Mail noch gar nie gesehen, sie ist jetzt erstmals bis zu mir gekommen, deswegen werde ich mir das anschauen, ich werde mit ihm drüber reden, das sind Unterstellungen, die kann man nicht so im Raum stehen lassen und er soll zur Enquete kommen und er soll das mit unseren Experten dort ausdiskutieren (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Noch eine letzte Bemerkung an den Gerhard Rüschi, aber ich glaube, du hast das nicht so gemeint, also du hast gemeint, mit dem Herrn Professor Wolkinger wirst du ein Vier-Augen-Gespräch führen, also, wenn mein Vater die Leviten lesen wollte, hat er auch gesagt, kommt her, mit dir muss ich ein Vier-Augen-Gespräch führen und bitte, die waren immer geschmalzen, diese Vier-Augen-Gespräche.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Das geht beim Wolkinger eh nicht.

GRin. **Binder**: Die Sachlichkeit, Herr Bürgermeister, die Sachlichkeit, die Sie hier zu Recht einfordern, bei dieser Debatte, und das ist jetzt meine letzte Bemerkung, die würde ich mir auch sehr wünschen, Herr Bürgermeister, bei Ihrer Kampagne gegen einen Antrag, der mehrheitlich das letzte Mal angenommen wurde, nämlich zur Überprüfung einer sinnvollen Möglichkeit einer City-Maut, da würde ich mir diese Sachlichkeit wünschen, die Sie jetzt einfordern.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe dort viele sachliche Argumente, die können wir wirklich gerne wiederholen, das sind sachliche Argumente. Wir halten aber, Frau

Gemeinderätin, es ist mir wichtig, wir halten garantiert auch mit Vier-Augen-Gesprächen die Menschenrechtskonvention ein (*Applaus ÖVP*).

8) Budgetkonsolidierung

GRin. **Rücker** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Rücker**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Fein, dass es heute wieder ein bisschen lustiger ist. Ich habe jetzt wieder ein Thema, das in der letzten Zeit wenig Emotionen hervorruft, leider, weil es meiner Meinung nach nach wie vor das Thema ist, das in dieser Stadt für Zukunftsfragen ein wesentliches ist, das Thema Budgetkonsolidierung, aber leider merke ich in den letzten Wochen und Monaten, dass es ein sehr unemotionell behandeltes Thema ist und habe da auch einige Fragen auf Grund der medialen Erscheinungen in der letzten Zeit.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Vor zirka zwei Wochen haben wir aus den Medien erfahren dürfen, dass es einen Stadtschuldenrat gibt, den wir ja auch hier verabschiedet haben, der zum Schluss gekommen ist, dass diese Stadt hoch verschuldet ist. Wir durften nebenbei auch erfahren, dass diese Stadt noch viel sparen und kürzen muss, um möglichst bald wieder ausgeglichen zu budgetieren und wir haben auch erfahren, dass dazu Hilfe von außen notwendig sein wird, das wurde eben auch erwähnt. Dieses Ergebnis war jetzt nicht sehr überraschend, es war überhaupt nicht neu und ob wir dazu externe Experten gebraucht hätten, das bleibt mir aufgrund der spärlichen Informationen, die neben den Medienberichterstattungen uns weitergegeben wurden, auch nicht wirklich nachvollziehbar. Gleichzeitig wurde der Stadtregierung auch ein so genanntes Eckwerte - Budget empfohlen, das ja auch, wie wir heute zum Beispiel aus den Medien erfahren, durchaus aufs Zustimmung stößt, da würde ich eben gerne viele Antworten haben. Dieses sieht einen Kostenkürzungsrahmen für jedes Ressort vor. Auch das konnten wir nur der Zeitung entnehmen, deswegen bin ich ja hier, um eine Anfrage zu stellen, weil ich denke, wir alle haben ein entsprechendes Informationsbedürfnis.

Eindeutig ist, dass auch weiterhin reine Zahlenspiele die Diskussion der Budgetsanierung zu bestimmen scheinen. Der Rechenstift ist das oberste Prinzip, die Politik ist momentan und auch in der letzten Zeit nicht erkennbar. Das scheint auch auf den ersten Blick der einfachere Weg in einer schwierigen Situation zu sein. Wer wo inhaltlich die Schwerpunkte vorgibt, geschweige denn, wo diese diskutiert werden, ist auch heuer nicht zu erkennen!

Ich erinnere mich noch an die vorjährige Diskussion zur Aufgabenkritik, in die wir immer wieder und regelmäßig eingefordert haben, inhaltliche Fragen zu stellen, zum Beispiel die Frage der Auswirkungen und längerfristigen Folgen gewisser Kürzungsvorhaben, die Frage der sozialen Ausgewogenheit, die Frage der politischen Schwerpunktsetzung innerhalb dieser Stadtregierung. Es konnte uns aber bis heute nicht deutlich gemacht werden, welche Ziele neben der reinen Reduktion von Ausgaben in einer rein betriebswirtschaftlichen Logik wirklich verfolgt werden.

Deshalb meine

A n f r a g e

an Sie, Herr Bürgermeister:

1. Wie und mit welchem oberste Ziel werden die nächsten Schritte im Konsolidierungsprozess der Stadt Graz gesetzt?
2. In welcher Form wird die diesbezügliche Diskussion innerhalb der Stadtregierung geführt?
3. In welcher Form ist an die Einbindung externer ExpertInnen und der betroffenen Menschen gedacht?
4. Wie werden wir im Gemeinderat in diesen Prozess einbezogen beziehungsweise auch informiert?

5. Wo wird letztendlich über die Sinnhaftigkeit und die Folgen von geplanten Kürzungen diskutiert, entschieden und informiert?
6. Welche Form eines breiten politischen Diskurses über die Ressort- und Parteigrenzen hinweg, der immer wieder hier angesprochen wurde, aber nicht zu spüren ist, ist vorgesehen, damit am Ende nicht nur ein zahlenmäßiger Erfolg zu verbuchen ist, sondern auch eine Stadt, die der Zukunft gewachsen ist und dabei ihre Menschen nicht auf der Strecke gelassen hat.

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank Frau Gemeinderätin! Ich werde diese vielen Fragen Ihnen geschäftsordnungsgemäß erledigen. Ich sage nur einen Satz dazu: Vieles was in den Zeitungen steht, überrascht auch mich, weil ich es nicht kenne, aber ich werde auch nach Abklärung mit dem Herrn Finanzstadtrat, ich glaube, das ist längst an der Zeit, seine Idee über das Eckwertbudget dann auch einmal im Gemeinderat auch präsentieren. Nur das sind Diskussionen, die momentan in der Stadtregierung im Gange sind und all die Fragen, die Sie stellen, sind berechtigt, aber da bitte ich um Zeit.

GRin. **Rücker**: Aber bitte nicht erst im Herbst, wenn wir wieder knapp vor einer Budgetbeschlussfassung stehen, eine einseitige Informationspolitik, wie wir sie gehabt haben.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist eigentlich gewollt mit dem Loslegen schon seit einigen Wochen, damit wir nicht nur im Herbst wieder die Diskussion haben.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Zukunft der Messe

GRin. Mag. **Uray-Frick** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Uray-Frick**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Nicht nur Insider, sondern auch jeder aufmerksame Zeitungsleser weiß nun mittlerweile, dass es um die Grazer Messe nicht gerade zum Besten bestellt ist. Der Vorwurf, man würde sich nicht bemühen, man würde nichts Neues versuchen, scheint ins Leere zu gehen, da die Verantwortlichen offensichtlich bemüht sind. Jenen aber, die meinen, es sei vieles verschlafen worden, einiges mittlerweile längst überholt, kann man auch nicht gerade Naivität nachsagen.

Dass die neue Variante der Frühjahrsmesse, die so genannte „Lebensart“, nicht der Publikumsrenner geworden ist, wie man sich das erhofft hat, ist offensichtlich. Aber auch die andere Messen blieben weit unter den Erwartungen. Die Zahl der Aussteller ist um 40 Prozent zurückgegangen, bei den verkauften Eintrittskarten gibt es den Meldungen zufolge ein Minus von 46 Prozent. Tatsache ist, dass in den letzten fünf Jahren die Erlöse um die Hälfte geschrumpft sind, nämlich von 8,8 auf 4,5 Millionen Euro. Der zu leistende finanzielle Aufwand bleibt aber gleich und die Schere öffnet sich immer weiter.

Angeblich läuft derzeit gerade ein Umstrukturierungsprozess, vieles hänge auch von der neuen Halle 1 ab, die voraussichtlich im Herbst 2007 fertiggestellt sein soll, meint man seitens der Verantwortlichen. Den Medien zu entnehmen war, dass du, lieber Herr Bürgermeister, in deiner Funktion als Aufsichtsratschef allerdings befürchtest, dass sogar bis 2010 der „dornige Weg“ beschritten werden müsse.

Es mehren sich aber auch jene Stimmen, die meinen, dass es keinen Sinn mache, die Messe weiter zu entwickeln, weil es keinen Platz und keine Nischen mehr gäbe, um sich als Messestandort zu profilieren.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, dem Gemeinderat darzulegen, wie es tatsächlich um die Grazer Messe bestellt ist und vor allem auch, welche Szenarien für den Fall, dass sich die Kostenschere weiter vergrößert, entwickelt werden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Da bin ich gerne bereit, dem hohen Gemeinderat darüber auch heute gleich Auskunft zu geben, aber ich darf dich auch einladen, das kann man dann noch verstärkt mit Zahlenmaterial untermauern, das ich heute und jetzt ad hoc da nicht mithabe. Eines steht fest, wir haben uns mehrheitlich dafür entschieden, dass wir den Messestandort Graz nicht aufgeben. Wir haben uns allerdings auch klar und deutlich für ein Konzept ausgesprochen, das die Messen massiv beschneidet und reduziert, weil wir auf diesem Gebiet ein Fachmessen- und vor allem auch Kongress-, Ausstellungs- und Eventgelände daraus machen wollen, wenn wir an die Stadthalle denken. Ob das dann Sportveranstaltungen, Kulturveranstaltungen oder wissenschaftliche Tagungen sind, sei dahingestellt. Wir haben einen Weg beschritten, der sehr, sehr positiv verläuft und wo andere Städte, und ich zitierte da jetzt nur ein bisschen die Medien in Richtung Salzburg, schon darüber nachdenken, warum sie es noch nicht so gemacht haben wie Graz. Die Fachmessen haben noch eine Chance, die großen Messen kaum mehr. Einen Fehler haben wir vielleicht gemacht, aber ich sehe es gar nicht so sehr als Fehler, sondern als Versuch unseres Messeverantwortlichen Nilly Nail, aus der Frühjahrsmesse, die noch in allen Köpfen ist, eine neue Fachmesse zu machen und zu kreieren, nur das Problem zwischen Theorie und Praxis gibt es halt einmal einen Unterschied, es sind nämlich dort alle hingegangen mit der Einstellung, es handelt sich um die Frühjahrsmesse und da werden natürlich viele enttäuscht sein. Und wenn es ...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, im Zahlenbereich liegen wir total im Plan, wir liegen auch gut im Zeitplan, es sind alle Beschlüsse gefasst, das Land Steiermark hat bitte auch bei der Halle 1, die neu gebaut werden soll, bei der restlichen Konzipierung die 15 Millionen Euro eingebracht in Form einer stillen Gesellschaft, wir haben das alles beschlossen, das heißt, ich sage das jetzt als Aufsichtsratsvorsitzender, wir sind im Plan. Das was allerdings auch klar gesagt werden muss, wenn ich die halben Hallen habe, wenn ich nur mehr die halben Grundstücke habe, eigentlich nicht mehr die halben Hallen, weil ja einige davon schon wieder geräumt wurden und jetzt abgerissen werden, dann kann ich auch nur die halben Erlöse haben. Das ist auch so geplant und so vorgesehen und ich war selbst überrascht, dass das quasi als so neu und theatralisch wieder in den Medien vorgekommen ist. Das ist etwas, was wir in jeder Aufsichtsratssitzung, bei allen Geschäftsberichten klar angedeutet haben und man sieht wunderbar die Entwicklung von 2000 bis 2005, jedes Mal, wenn wir die Flächen verkleinert haben, ist auch der Umsatz bei Ausstellermieten etc. zurückgegangen, es kann ja gar nicht anders sein. Und ich würde mich sehr freuen, wenn nicht nur wir, sondern auch die Medien den dornigen Weg, den die Messeleitung da vor sich hat und das gesamte Messteam, wir positiv mitbegleiten, weil in einer Zeit, in der du fast keine Hallen hast, wo die Baugeräte dort auffahren, wo du es wirklich schwer hast, die Kundenströme überhaupt zu lenken, wäre es halt gut, wenn man eine positive Stimmung macht. Durch diese Jahre müssen wir durch, im Momente, wie gesagt, kann ich nur sagen, läuft es nach Plan, das wollte ich einmal da sagen. Selbst wenn diese Halle fertig ist, wird das nicht gleich gegessen sein, weil Messegeschäft schwierig ist. Die Geschäftsfelder Kongress, Tagungen, Events und Messen haben ja jetzt schon vor Ort Probleme, im Moment teilen sie sich de facto nämlich fast nur die Stadthalle und die angrenzenden Bereiche, erst wenn die Halle 1 neu gebaut sein wird, erst wenn die Garagenplätze drunter sind, vielleicht auch die Hotelangelegenheit positiv geklärt wird, erst wenn rundherum ebenso die neuen Wissenschaftsbereiche, die das Land angedacht hat, Wohnbereiche, vielleicht auch die Ansiedlung auf dem Sportklubareal möglich wird,...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich glaube nicht, dass das mein 60er wird, das wird schneller gehen, wir haben ja auch in den letzten sieben Jahren viel zusammengebracht und da sind wir auf einem guten Weg. Genaue Zahlen kann ich nachliefern, das ist das, was im Moment dort läuft.

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal für diese kritische Wortmeldung herzlichen Dank dir, liebe Maxie, wenn wir diese Wortmeldung abgegeben hätten, die ich vollinhaltlich unterstützen möchte, hätte es wahrscheinlich wieder Zwischenrufe aus dem Gremium gegeben. Unsere kritische Haltung der Beteiligung an der Grazer Messe durch die Stadt Graz, ich lege Wert auf diese Feststellung, brauche ich nicht wiederholen. Diese kritische Haltung wird bei jedem Geschäftsbericht der Grazer Messe und StadthallenbetriebsgmbH vollinhaltlich bestätigt. Die Grazer Messe ist ein Beispiel für Beteiligungen der Stadt, die nie enden können. Wenn sich eine öffentliche Körperschaft an angeblich so wichtigen Institutionen wie der Grazer Messe beteiligt, ist ein Ausstieg aus angeblich öffentlichem Interesse nie mehr möglich. Wir haben in der letzten Zeit etliche solche Beispiele gehabt, das wird ein Fass ohne Boden und ich möchte hier einmal überdenken, die Geschäftsführung der Grazer Messe hat uns erklärt und auch der Herr Finanzreferent und der Herr Wirtschaftsreferent, die ja leider jetzt nicht hier sind, haben uns erklärt, die Werterhöhung eines Unternehmens, wenn man das Letzte, was ein Unternehmen hat, nämlich Grundstücke, verkauft. Also das konnte ich im Finanzausschuss als der hören und das habe ich damals vehement kritisiert, es kann mir doch niemand weismachen, die Werterhöhung, Grundstücke zu verkaufen und damit auf dem verbleibenden Grundstücken Hallen zu bauen. Wir wissen doch, dass eine Halle, die gebaut ist, am nächsten Tag so wie ein Auto, wenn man es anmeldet, nicht mehr den Errichtungswert hat. Unter dem Aspekt kann ich eine Wertvermehrung durch Grundstücksverkäufe bei der Grazer Messe nicht sehen, auch keine Verbesserung der Bilanz und damit, glaube ich, ist unsere kritische Haltung zur Beteiligung, ich betone noch einmal, zur Beteiligung an der Grazer Messe nicht sinnvoll und wir glauben, die Grazer Messe wäre ein Beispiel für privatwirtschaftliche Interessen,

wenn bei Dingen, wo ein Geschäft zu machen wäre, käme die Stadt wahrscheinlich als Wunschpartner als Allerletzter dran (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Da gibt es eben einen wesentlichen Unterschied, den du als Kommunist und ich als Christdemokrat zu dem Thema haben. Zu den Aufgaben einer Stadt, und da sind wir nicht alleine auf dieser Welt, gehört auch das Zurverfügungstellen eines Marktplatzes und zwar in unterschiedlichster Form. Es wurde über die Jahrhunderte immer wieder gemacht und dieser Marktplatz Grazer Messe, der eben nicht nur mehr Messestandort ist, sondern für unseren Standort als Wissenschaftsstandort und Kongressstandort ganz, ganz wichtig ist, bekommt dort betriebsnotwendige Gebäude, bleibt auf den betriebsnotwendigen Liegenschaften, wäre aber auch volkswirtschaftlich sehr schlecht beraten, wenn wir die Grundstücke, die wir betriebsnotwendigerweise eben nicht mehr brauchen, dann nicht wieder zurückgeben, verkaufen, entwickeln und noch einen Mehrwert schaffen. Es geht um Arbeitsplätze und da kommt man wieder nur in die alte Schere hinein, das ist für die bösen Unternehmen, die sollen das privatwirtschaftlich selber tun. Gibt es auf der ganzen Welt nicht...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, aber die sind massiv gefährdet, wenn unsere Unternehmungen, nämlich die Hoteliers, die Gastromomen, bei den Nächtigungen für Kongresse im Eventbereich, weißt du, wie viele Firmen dort schon mitarbeiten im Aufbaubereich für Technik usw., das sind alles konkrete Arbeitsplätze. Wenn du einen anderen Vorschlag hast, dann bringe ihn bitte. Ich möchte nur die älteste Messe von Graz nicht gleich in Luft auflösen, sondern sie neu orientieren und ich traue mich wetten, zum 60. Geburtstag bin ich stolz drauf, dass wir diesen Weg gegangen sind (*Applaus ÖVP*).

11) Gespräch mit BI Graz-Südost

GR. **Lozinsek** stellt folgende Anfrage:

GR. **Lozinsek**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich konnte mich gestern bei einer Versammlung der Bürgerinitiative für ein lebenswertes St. Peter – Waltendorf, kurz auch Bürgerinitiative Graz Südost, erneut davon überzeugen, dass die Anzahl derer, die gegen die geplante Trassenführung der Verlängerung der Linie 6 auftreten, eine beachtliche ist. Bei dieser Veranstaltung, in der vor allem die weiteren Protestmaßnahmen besprochen beziehungsweise auch beschlossen wurden, zeigte man sich auch äußerst wütend und enttäuscht darüber, dass die Stadt Graz offensichtlich einen Großteil der betroffenen Bevölkerung zu diesem Thema nicht hören wolle. Das Gerücht, genährt auch durch entsprechende Berichterstattung von Rundfunk und Presse, der Bürgermeister dieser Stadt wolle mit den Vertretern der Bürgerinitiativen nicht sprechen, hielt sich hartnäckig und heizte die Stimmung zusätzlich auf.

Da ich mir allerdings nicht vorstellen kann, dass Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nicht bereit sind, ihrer ursächlichsten Aufgabe als Bürgermeister dieser Stadt nachzukommen, nämlich die Anliegen und Sorgen von besorgten Bürgern und Bürgerinnen unserer Stadt zu hören und ernst zu nehmen, stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, Vertreter der Bürgerinitiative für ein lebenswertes St. Peter – Waltendorf, kurz Bürgerinitiativen - Graz Südost, noch in diesem Monat, spätestens jedoch vor dem geplanten Spatenstich für das Bauvorhaben Verlängerung der Linie 6 ins Peterstal, zu empfangen und anzuhören.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, Herr Gemeinderat. Es kommen eigentlich alle Bürgerinitiativen selbstverständlich auch zu mir, ich empfangen sie auch. In dieser Woche, wo sie da um den Termin gebeten haben, war ich nicht da. In dieser Woche

war es auch schon bislang durch die zwei Gemeinderatssitzungen noch nicht möglich. Selbstverständlich treffe ich mich mit der Bürgerinitiative. Ich habe auch nie einen Hehl daraus gemacht, dass ich nie der große begeisterte Umsetzer der Linie 6 gewesen bin, das wissen Sie, ich habe mit der Bürgerinitiative schon vor Jahren, als ich in die Politik gekommen bin, gesprochen. Ich habe einen demokratischen Prozess hier abgehandelt, der demokratische Prozess hat ergeben, dass wir mit einer sehr, sehr großen Mehrheit diesen 6er bauen, dazu bekenne ich mich jetzt auch, das werde ich auch der Bürgerinitiative noch einmal sagen müssen. Aber letztendlich was der Gemeinderat beschlossen hat, wird nicht mehr verändert werden und wir werden die 6er-Linie jetzt dann letztendlich bauen und ich werde mich mit der Bürgerinitiative diesbezüglich treffen und ihr das auch noch einmal sagen (*Applaus ÖVP*).

12) Lärmmessungen im Univiertel

GRin. Dr. **Sickl** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Sickl**: So, die letzte Anfrage, Lärmmessungen im Univiertel. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bereits mehrmals habe ich im Gemeinderat die Probleme der Anrainer im so genannten Universitätsviertel, hervorgerufen durch allnächtlichen Partylärm, durch herumziehende Nachtschwärmer thematisiert. In diesem Zusammenhang werde ich auch heute einen dringlichen Antrag einbringen. Vor allem jene Bereiche, nämlich vor den Lokalen, auf öffentlichem Gut, auf den Straßen und Plätzen sind ungelöst.

Es wurde bereits lang und ausführlich über die Probleme wie Vandalismus, Rauferein und Ruhestörungen auf öffentlichem Gut diskutiert. Verstärkte Polizeipräsenz, Notrufsäulen und Videoüberwachungskameras wurden angedacht und zum Teil auch Einstimmigkeit über die verschiedenen Lösungsansätze erzielt.

Leider gibt es aber auch Stimmen, die den Beschwerden der Anrainer wohl nicht recht glauben wollen und meinen, alles sei doch gar nicht so schlimm, so nach dem Motto, wenn stört schon das Lachen von Menschen auf der Straße. Die Diskrepanz zwischen diesen Argumenten und den Beschwerden der Anrainer könnte aber relativ leicht und auf völlig objektive Weise durch Lärmmessungen gelöst werden, unter anderem. So weit mir bekannt ist, befindet sich im Grazer Umweltamt ein Lärmmessgerät, mit dem man die Dezibel messen kann. Der Herr Bürgermeisterstellvertreter Ferik hat das auch in einer Präsentation am Hauptplatz gezeigt und auf dieses Lärmmessgerät im besonderen medial hingewiesen.

Und genau das ist der Grund, warum ich die

A n f r a g e

stelle, ob Sie bereit sind, dafür Sorge zu tragen, dass Lärmmessungen an verschiedenen Punkten im Universitätsviertel durchgeführt werden, um so eine objektive Darstellung zu erhalten, wie groß die nächtliche Belastung der Anrainer durch den "Partylärm" tatsächlich ist.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.